

«Medialer Einheitsbrei» wird befürchtet

ST. GALLEN. Die NZZ-Gruppe unterstellt ihre Regionalmedien einer gemeinsamen publizistischen Leitung. Chef der Redaktionen in St. Gallen und Luzern wird Pascal Hollenstein (Ausgabe vom 18. Februar). Dies hat die SVP-Kantonsräte Michael Götte (Tübach) und Erwin Böhi (Wil) auf den Plan gerufen; die beiden sorgen sich um die Zukunft der Medien in der Ostschweiz. Unter dem Titel «Droht der Ostschweiz ein medialer Einheitsbrei?» haben sie gestern einen politischen Vorstoss im Kantonsparlament eingereicht.

«Bedauerlich»

Der «zentralistische Ansatz» der Besitzer des Tagblatt-Verbands bedrohe die Vielfalt der Ostschweizer Medienlandschaft, die bereits heute «weitgehend von der NZZ-Gruppe kontrolliert» werde, halten Böhi und Götte fest. Die NZZ-Gruppe nehme «eine monopolähnliche Stellung» ein.

So sehr aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Printmedien verständlich sei, dass betriebswirtschaftliche und redaktionelle Synergien genutzt werden, so sehr sei der Entscheid «aus staatspolitischer Sicht bedauerlich – denn damit besteht die Gefahr, dass die Medienvielfalt und damit auch die Meinungsvielfalt in der Ostschweiz beeinträchtigt werden».

Sucht Regierung das Gespräch?

Die Entwicklungen der vergangenen Monate seien bereits heute spürbar, so Böhi und Götte. Diese hätten sich «negativ auf die Qualität der Berichterstattung über die Regionalpolitik» ausgewirkt. Von der Regierung wollen die beiden Kantonsräte denn auch wissen, ob sie ihre Befürchtungen teile. Und ob sie bereit sei, der Geschäftsleitung der NZZ-Gruppe die Erwartungen des Kantons zu erläutern – «in Bezug auf eine ausführliche regional- und lokalrelevante Behandlung publizistischer Themen, welche die Ostschweiz betreffen». (rw)

Liveticker zur SVP-Kandidatur

ST. GALLEN. Heute Mittwoch gibt die SVP des Kantons St. Gallen bekannt, mit wem sie im zweiten Wahlgang am 24. April um den letzten Sitz der St. Galler Regierung kämpfen wird (Ausgabe vom 1. März). Klar ist, dass es drei Kandidaturen gibt: Bereits am Wahlsonntag haben Marc Mächler (FDP) und Andreas Graf (Parteilose SG) bekanntgegeben, dass sie erneut antreten werden. Auf www.tagblatt.ch berichten wir ab 10.30 Uhr in einem Liveticker aus dem Regierungsgeschehen über die SVP-Medienorientierung. (red.)

Durchgangsort kommt vors Volk

GOSSAU. In Gossau entscheiden die Stimmbürger voraussichtlich am 5. Juni über einen Durchgangsort für Fahrende. Das Stadtparlament hat gestern auf eine Stellungnahme zur Volksinitiative verzichtet. Der Stadtrat legt jetzt den Termin fest. (red.)



Daraus wird nach dem gestrigen Nein des Kantonsparlaments nichts: Blick in einen der geplanten Klangräume des Klanghauses Toggenburg.

Visualisierung: pd

Das Klanghaus bleibt stumm

Die Kritik war leise, das Verdikt umso lauter: Das St. Galler Kantonsparlament hat gestern in der Schlussabstimmung das Klanghaus Toggenburg versenkt. Regierungsrat Martin Klöti spricht von einem «Affront».

ARDIAN VÖGELE/REGULA WEIK

ST. GALLEN. Das Klanghaus Toggenburg ist vom Tisch – in dieser Form definitiv. Das Projekt ist gestern in der Schlussabstimmung im Kantonsparlament gescheitert. Das Vorhaben am Schwendisee oberhalb von Unterwasser hätte den Kanton 19 Millionen Franken gekostet; das machte ein qualifiziertes Mehr von 61 Stimmen nötig.

An dieser Hürde ist das Klanghaus nun gescheitert. Es erreicht nur 56 Ja-Stimmen. 43 Parlamentarierinnen und Parlamentarier sprachen sich dagegen aus, 6 enthielten sich der Stimme und 15 waren abwesend.

Finanzielle Bedenken

«Unglaublich» – dies ist Regierungsrat Martin Klötis spontane Reaktion auf die Frage nach den

Gründen für das Scheitern des Klanghauses. Der Kulturminister spricht von «einem Affront» – für das Toggenburg, für den Kanton und für die Kulturpolitik. Und auch er sei «brüskiert». Das Projekt sei «gut und seriös» vorbereitet gewesen; sie hätten nichts unterlassen, um es erfolgreich voranzutreiben.

Vor der Schlussabstimmung erklärte Karl Güntzel (SVP), die Mehrheit seiner Fraktion sei aus finanziellen Gründen gegen das Projekt. Wer dem Klanghaus zustimme, riskiere eine Steuerverhöhung. Nils Rickert (GLP) erinnerte im Namen seiner Fraktion daran, dass das Parlament nur wenige Stunden zuvor die Kulturausgaben plafoniert habe. Die jährlichen Betriebsbeiträge an das Klanghaus seien nicht finanzierbar, ohne dass man anderswo Kulturgelder einspare.

Auch eine Minderheit der CVP-EVP-Fraktion betrachtete das Projekt als zu teuer.

Kunst am Bau gestrichen

Das Klanghaus Toggenburg hat eine jahrelange Vor- und Planungsgeschichte. Es hätte mit einer einzigartigen Akustik zum musikalischen und architektonischen Zentrum für Naturtonmusik werden sollen. In der Novem-

beression war das Parlament mit 77 Ja- gegen 30 Nein-Stimmen mit deutlicher Mehrheit auf die Vorlage eingetreten. In der zweiten Lesung am Montag dieser Woche gab es keine einzige Wortmeldung. Klöti spricht denn auch von «einem Verstoss gegen Treu und Glauben».

Ganz kritiklos waren die vergangenen Debatten allerdings nicht. So wurden in der ersten Lesung 300'000 Franken für Kunst am Bau gestrichen. Anlass für den einen oder andern Missston gab schon damals das jährliche Betriebsdefizit von 325'000 Franken. Verschiedentlich wurde auch das zu geringe finanzielle Engagement der Region bemängelt. Daran sei auch der Kulturminister schuld. Indem Klöti die Suche von Gönnern und Sponsoren zur «Chefsache» erklärt habe – er peilte Beiträge

«ab 250'000 Franken aufwärts» an –, habe er kleinere finanzielle Initiativen und Engagements aus der Region «erstückt».

Wie reagiert Klöti auf den Vorwurf, zu gross angerichtet zu haben? «Ich glaube nicht, zu viel vorgemacht zu haben», sagt er. Und fügt dann an: Das Projekt sei nicht einfach «auf die Hälfte herunter kürzbar». War er zu euphorisch? «Überhaupt nicht. Es war nötig, den Leuten Mut zu machen.»

2,5 Millionen versenkt

Die Vorarbeiten für das Klanghaus haben bislang 2,5 Millionen Franken gekostet. «Auch so kann man Geld vernichten», sagt Regierungsrat Klöti lakonisch. Im Herbst hätte das Volk zum Vorhaben an der Urne Stellung nehmen können; diese Abstimmung ist nun hinfällig.



Martin Klöti
St. Galler Regierungsrat

Regierung erhält Finanzkorsett verpasst

In der St. Galler Staatskasse klafft auch in den kommenden Jahren ein Loch. Dies lässt das Parlament die Regierung spüren – und schränkt ihren Handlungsspielraum ein, indem es den Steuerfuss einfriert und den Personalaufwand plafoniert.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Die St. Galler Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind sich längst rote Zahlen gewohnt – unerfreulich, aber wahr. Die Staatsrechnungen der vergangenen Jahre boten keinen Anlass für Freudentänze. Im laufenden Jahr rechnet die Regierung mit einem Defizit von 31 Millionen Franken – bei einem Gesamtaufwand von knapp fünf Milliarden Franken.

Und die Jahre der Tristesse setzen sich fort: In der St. Galler Staatskasse klaffen auch in den kommenden Jahren Löcher. Darüber kann auch der gewaltige Ertragsüberschuss 2017 von 265 Millionen Franken nicht hinwegtäuschen. Grund dafür ist ein einmaliger Sondereffekt. Das positive Ergebnis ist auf die Über-

tragung der Spitalimmobilien an die Spitalverbände zurückzuführen.

So wird es verstärkt tönen

Nun hat das Parlament gestern den Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2019 beraten. Die Debatte verlief wie alle finanzpolitischen Diskussionen in der jüngeren Vergangenheit: Die Bürgerlichen traten auf die Bremse, monierten da und dort Geldverschleuderung und orten denn auch Sparpotenzial; die Linke beklagte die «rückwärtsgewandte Finanzpolitik» und plädierte für mehr finanzpolitischen Spielraum, um sich als Kanton entwickeln und vorwärts bewegen zu können.

Und das Ergebnis der Beratungen? Auch wie (fast) immer: Die bürgerliche Mehrheit im

Parlament setzte sich durch – ein Vorgeschmack darauf, wie die Debatten nach dem rechtsbürgerlichen Machtzuwachs vom Wochenende künftig noch pointierter ablaufen dürften.

Mehr Aufgaben, kein Personal?

Die Linke und Teile der CVP wehrten sich vergeblich gegen die Anträge der Finanzkommission – und damit gegen eine Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums der Regierung. Mit der Debatte über den Steuerfuss werde dem Publikum «Action vorgespielt, wo es gar keine gibt», sagte etwa Peter Hartmann, Fraktionschef von SP und Grünen. Auch die Regierung strebe keine Erhöhung an. CVP-Kantonsrat Nino Cozzio wehrte sich gegen die Plafonierung der Ausgaben des

Amtes für Kultur; SP-Kantonsrätin Bettina Surber sprach gar von «einer Abstrafung von Regierungsrat Martin Klöti». Sie erinnerte auch daran, dass die Regierung kaum «aus Jux» zusätzliche Stellen beantrage und dass auch die Bürgerlichen dem Staat immer wieder neue Aufgaben aufbürdeten, die ohne Personal nicht auszuführen seien.

Vorgaben für die Regierung

Der Widerstand verpuffte. So muss die Regierung nun für 2017 ein Budget vorlegen, das keine Steuerfusserhöhung vorsieht, keine Erhöhung der Staatsquote und auch keine Erhöhung der Staatsbeiträge im Amt für Kultur. Das Budget für den Personalbestand soll zudem bei 720 Millionen Franken eingefroren werden.

Da half auch nichts, dass Finanzchef Martin Gehrer vorgängig ein etwas anderes Bild der st. gallischen Finanzlage gezeichnet hatte. Ende 2019 werde das freie Eigenkapital über 500 Millionen Franken betragen. Das ist eine wichtige Kennzahl; sie «definiert» den finanziellen Spielraum des Kantons und erlaubt ihm, konjunkturelle Schwankungen oder Ausfälle der Nationalbank-Millionen aufzufangen. Letzteres ist aktuell nicht nötig.

Weiter kündigte Gehrer einen «sehr guten Rechnungsabschluss» für das vergangene Jahr an. Überhaupt ziehe er insgesamt «ein recht positives Fazit» über die finanzielle Situation des Kantons – für einen Finanzchef eine geradezu euphorische Aussage.